

Freie Universität Berlin
Lateinamerikainstitut



Projektmodul: Online-Aktivismus und die Veränderungen des Politischen
SS 2013 - WS 2013/2014
Dozent: Prof. Dr. Bert Hoffmann

**Das Mediengesetz *Ley Orgánica de Comunicación* in Ecuador – ein verstecktes
Knebelgesetz?**

Ann-Kristin Stumpp
a.stumpp@fu-berlin.de
Matrikelnummer: 4666543
Abgabedatum: 13.04.2014

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung.....	3
2 Medienlandschaft und Medienkonzentration in Ecuador	4
3 Historisch-politische Einordnung	4
4 Das Mediengesetz <i>Ley Orgánica de Comunicación</i>	6
5 Kritiken am Gesetz.....	7
5.1 <i>Relatoría Especial para la Libertad de Expresión</i>	7
5.2 Reporter ohne Grenzen	8
5.3 Fundamedios	8
6 Bericht Fundamedios <i>El silencio asfixiante. La libertad de expresión en el Ecuador 2013</i>	9
7 Fazit	10
8 Bibliographie	12

1 Einleitung

Nach fast vier Jahren verschiedener Debatten um das neue Mediengesetz *Ley Orgánica de Comunicación* wurde es durch die ecuadorianische Regierungsmehrheit vom Parlament beschlossen und am 14. Juni 2013 von der Nationalversammlung, *Asamblea Nacional*, verabschiedet.

Die Neuerungen im Mediengesetz lösten eine große Diskussion, auf nationaler wie auf internationaler Ebene, aus. Wie in vielen Ländern Lateinamerikas befinden sich die Medien Ecuadors fast ausschließlich in den Händen von Finanz- oder Wirtschaftsunternehmen. Die neuen Bestimmungen des Mediengesetzes sehen vor, dass wirtschaftliche oder finanzielle Institutionen nicht Eigentümer von Presse und Fernsehen sein können. Damit soll die Pressefreiheit sichergestellt werden. Doch das *Ley Orgánica de Comunicación*, mit dem der ecuadorianische Präsident Rafael Correa gegen die von ihm als korrupte Presse bezeichneten Medien vorgehen möchte, ist sehr umstritten und wird vielerorts sogar als *Ley Mordaza*, als Knebelgesetz, bezeichnet.

In einem ersten Abschnitt der vorliegenden Arbeit soll die Medienlandschaft in Ecuador allgemein skizziert und ein historisch-politischer Abriss ab der Transition vorgenommen werden. Dies ermöglicht ein Verständnis für die Gegebenheiten des Landes, die der Verabschiedung des neuen Mediengesetzes im letzten Jahr vorausgingen und dazu beitrugen. Daran anknüpfend befasst sich der zweite Teil dieser Arbeit mit dem Mediengesetz *Ley Orgánica de Comunicación* an sich und der Kritik daran. In mehreren Unterkapiteln werden drei verschiedenen Akteure und deren einzelne Kritikpunkte an dem Gesetz vorgestellt. Dabei wird vor allem auf eine Broschüre der Nichtregierungsorganisation *Fundación Andina para la Observación y Estudio de Medios* (Fundamedios) eingegangen, die 2014 erschien und die die Debatte um die Pressefreiheit in Ecuador im Jahr 2013 thematisiert. Abschließend fasst das Fazit noch einmal die Ereignisse, die im Verlauf der Arbeit genannt wurden, zusammen und gibt einen möglichen Ausblick auf die zukünftigen Medien-Entwicklungen in Ecuador.

Alle in dieser Arbeit vorliegenden Spanisch-Deutsch-Übersetzungen sind frei übersetzt und stammen von der Autorin selbst.

2 Medienlandschaft und Medienkonzentration in Ecuador

In Ecuador dominieren private Medien, die sich oftmals in Besitz von Konzernen, Banken oder Unternehmerfamilien befinden. Philip Kitzberger, Dozent an der Universidad Torcuato Di Tella in Buenos Aires, bestätigt „that despite their claims of neutrality, media and journalistic institutions are powerful social actors linked to the upper classes, social elites, or powerful corporations¹.“

Das Radio ist das bedeutendste und am weitesten verbreitete Kommunikationsmedium in Ecuador. Vor allem in ländlichen Regionen ist es für viele Menschen das einzig zugängliche Medium. Das Fernsehen wird vor allem in den Ballungsräumen Quito und Guayaquil sehr stark genutzt. Hier sind besonders die Sender *Teleamazonas*, *TC Televisión*, *Gamavisión* und *Ecuavisa* zu nennen, die allesamt von privaten Medienunternehmen betrieben werden. Ferner gibt es den öffentlich-rechtlichen TV-Sender *Ecuador TV*, der 2006 in Betrieb genommen wurde. Die größten Tageszeitungen sind privat und oppositionell gegenüber der Regierung eingestellt. Es dominiert die Tageszeitung *El Universo* der Unternehmensgruppe Pérez. Die Tageszeitung *El Comercio* gehört der Gruppe Mantilla Mosquera an, die zeitgleich einige Radiosender und andere Unternehmen betreibt. Weitere Tageszeitungen sind *El Hoy*, *La Hora* und *El Expreso*. Einen Internetzugang hatte 2012 laut *Instituto Nacional de Estadísticas y Censos* (INEC) 35,1 % der ecuadorianischen Bevölkerung auf nationaler Ebene.² Die Medien-Internetseiten, die im Land am häufigsten aufgerufen werden, sind das digitale Nachrichtenmedium *Ecuadorinmediato*, *El Universo*, und *Ecuavisa*, welche inzwischen weltweit über das Internet empfangen werden kann. Insgesamt lässt sich feststellen, dass in Ecuador eine starke Konzentration privater Medien auf wenige Eigentümer vorherrscht.³

3 Historisch-politische Einordnung

Im 20. Jahrhundert wechselten sich in Ecuador Militärdiktaturen und zivile Regierungen in raschen Abständen ab. Ständig wurde die jeweilige Regierung durch militärische Putschs oder zivile Staatsstrieche gestürzt. Im Jahr 1979 kam schließlich die Transition zur Demokratie. Hinter der neuen demokratischen Fassade herrschten jedoch klientelistische Verhältnisse und

¹ Siehe hierzu: Kitzberger, Philip: The Media of Latin America's Leftist Governments. In: Journal of Politics in Latin America. 3/2012, S. 126/127.

² Siehe hierzu: Agencia Vertice, Estadísticas INEC Dic. 2012. URL: <http://de.slideshare.net/agenciavertice/analisis-de-estadisticas-de-ecuador-por-elerick> (Stand: 13.04.14, 10:50).

³ Vgl. Bruchmann, Hanno: Medienpolitik in Ecuadors "Revolución Ciudadana". In: Bruchmann, Hanno et al. (Hrsg.): Medien und Demokratie in Lateinamerika. S. 121-123.

Korruption weiterhin vor. Ebenso wenig waren grundlegende sozioökonomische Probleme wie Massenarmut, soziale Ungleichheit und die ungleiche Abhängigkeit von Rohstoff-Exporten gelöst worden. Ab Mitte der 1990er Jahre überschatteten ca. zehn Jahre lang politische Dauerkrisen, soziale Proteste und Putschs gegen die jeweiligen Regierungen das Land. Kein Präsident regierte in dieser Zeit über seine gesamte verfassungsgemäße Amtszeit hinweg. 2005, während der Interimsregierung unter Alfredo Palacio, machte sich Rafael Correa als temporärer Wirtschafts- und Finanzminister einen ersten Namen in der Politik. Vor allem bekam er durch sein selbstsicheres Auftreten gegenüber des IWF und der Weltbank Anerkennung. Schon damals kritisierte Rafael Correa vor allem die *partidocracia*, das Parteiensystem, das in der ecuadorianischen Politik zwischen 1978 und 2005 vorherrschte: "Wir müssen es schaffen, dass die Bürger_innen mehr Macht bekommen und die immerzu herrschenden Politiker beiseitelassen."⁴

Während des Präsidentschaftskampfes wählte Rafael Correa die Strategie, keine Kandidaten zur Parlamentswahl aufzustellen und ganz auf eine neu einzuberufende Verfassungsgebende Versammlung zu setzen. Im April 2006 stimmte knapp 82 % der ecuadorianischen Bevölkerung in einem Referendum für die Einberufung dieser Verfassungsgebenden Versammlung, *Asamblea Constituyente*, in der Correas Partei *Alianza País* eine klare Mehrheit, 73 von 130 Plätzen, erreichte. In der Stichwahl im November 2006 verschaffte ihm diese Strategie mit 57 % aller Stimmen schließlich den Sieg gegen seinen Konkurrenten, den Großunternehmer Álvaro Noboa. Mit der Absetzung von 57 Oppositionsabgeordneten durch den Obersten Wahlgerichtshof und der Ausschaltung des Parlaments entzog die neue Regierung den politischen Parteigegnern Correas aus dem Mitte-Rechts-Spektrum jegliche Blockademacht. In einem Referendum 2008 stimmten schließlich 64 % der Ecuadorianer für die neue Verfassung. Ein Jahr später wurde Rafael Correa wiedergewählt. Seit er keine potentiellen oppositionellen Politiker mehr zu kritisieren hat, sieht Correa die Presse als seinen eigentlichen Feind an, da "sie zu einem politischen Akteur wurde, die die *partidocracia* als Opposition zur Regierung ersetzt"⁵. Der ecuadorianische Ökonom Guillermo Navarro Jiménez

⁴ Original: „Tenemos que conseguir que los ciudadanos se ‘empoderen’ y dejar de lado a los políticos de siempre.“ Siehe hierzu: Infolatam. URL: <http://www.infolatam.com/2012/05/30/ecuador-presidente-correa-alienta-su-guerra-contra-los-medios-de-comunicacion/> (Stand: 31.03.2014).

⁵ Original: "Se convirtieron en actores políticos y reemplazaron a la *partidocracia* en su oposición al gobierno". Siehe hierzu: Infolatam. URL: <http://www.infolatam.com/2012/05/30/ecuador-presidente-correa-alienta-su-guerra-contra-los-medios-de-comunicacion/> (Stand: 21.01.14, 23:50).

bezeichnet sie als „Medien, die in Verbindung mit Unternehmen als ‚faktische Mächte‘ der politischen Macht der Regierung gegenüberstehen“⁶.

2012 wurde in Genf bei der Versammlung des UN-Menschenrechtsrats die prekäre Situation bezüglich elementarer Bürgerrechte in Ecuador angesprochen. Doch der ecuadorianische Außenminister Ricardo Patiño wies die Kritik der UNO an den Verhältnissen zur Meinungsfreiheit in seinem Land entschieden zurück: „Dies ist ein Zeichen von Unkenntnis, um es in schönen Worten auszudrücken. Wer nach Ecuador geht und dort für einen Monat, eine Woche oder einen Tag lebt, wird merken, wie sehr man die Meinungsfreiheit respektiert und fördert.“⁷

4 Das Mediengesetz *Ley Orgánica de Comunicación*

Im Juni 2013 verabschiedete die ecuadorianische Regierung das Mediengesetz *Ley Orgánica de Comunicación*, das unter anderem Organismen wie die *Superintendencia de Comunicación* und den *Consejo de Regulación y Desarrollo de la Información y Comunicación* schuf. Sie wurden als administrative Ämter ins Leben gerufen, die die „Befugnis der Sanktion und Bewachung von Inhalten und Meinungen und des Entzuges von Frequenzen“ haben.⁸ Das neue Mediengesetz beinhaltet mit dem Artikel 26 eine Bestimmung zum *Linchamiento Mediático* (mediale Lynchjustiz). Es gilt ein „Verbot der direkten oder über Dritte stattgefundenen Informationsverbreitung in den Medien, die das Ziel hat, eine natürliche oder juristische Person zu entwürdigen und ihrer öffentlichen Glaubwürdigkeit zu schaden“⁹. Außerdem wurden mit dem *Ley Orgánica de Comunicación* die Radiofrequenzen neu verteilt, sodass nun 33 % der Frequenzen privaten Sendern (davor 84 %), 33 % staatlichen und 34 % den *kommunitären* Medien¹⁰ zugeteilt sind.

⁶ Siehe hierzu: Bruchmann, Hanno: Medienpolitik in Ecuadors „Revolución Ciudadana“. S. 134.

⁷ Original: „Es una cuestión de desconocimiento para decirlo con bonitas palabras. Quien va al Ecuador y vive un mes, una semana o un día, se dará cuenta de cómo se respeta y se promueve la libertad de expresión“. Siehe hierzu: El Comercio. URL: http://www.elcomercio.com/politica/Patino-desconocimiento-Ecuador-libertad-expresion_0_704329703.html (Stand: 12.04.14, 09:28).

⁸ Original: „(...) facultades de sanción y de supervisión de contenidos y opiniones, así como de retirada de frecuencias.“ Siehe hierzu: <http://www.libremercado.com/2013-06-21/rafael-correa-aprueba-su-ley-mordaza-para-acallar-a-la-prensa-1276493393/> (Stand: 13.04.14, 11:42).

⁹ Original (Art. 26): „Queda prohibida la difusión de información que, de manera directa o a través de terceros, sea producida de forma concertada y publicada reiterativamente a través de uno o más medios de comunicación con el propósito de desprestigiar a una persona natural o jurídica o reducir su credibilidad pública.“

¹⁰ Bei *kommunitären* Medien liegen Eigentum, Verwaltung und Redaktion in Händen von Kommunen, Volksgruppen, Nationalitäten, Kollektiven und sozialen Organisationen. Im ecuadorianischen Kontext sind dies hauptsächlich (Bildungs-)Radios, die häufig von indigenen Gemeinschaften genutzt werden.

Kommunitäre Medien stellen in ländlichen Regionen des Landes für Minderheiten und nicht-spanisch Sprechende oftmals das einzige zugängliche Kommunikationsmittel dar. Doch auch *kommunitäre* Medien sozialer Aktivist_innen stehen vermehrt in Konflikt mit der Regierung. Viele werden wegen „Terrorismus und Sabotage“ angeklagt, da sie gegen das Strafgesetzbuch, Art. 158, verstoßen: „Strafe wegen des Delikts der Sabotage gegen jede/n, die/der den öffentlichen Dienst unterbricht oder lahm legt.“¹¹ In vielen Fällen unterbrechen beispielsweise Unternehmen, die Erdöl fördern und gegen die sich ein friedlicher Protest richtet, die Förderung, wofür die Protestmitglieder im Nachhinein mit Verweis auf Sabotage verantwortlich gemacht werden.¹²

5 Kritiken am Gesetz

5.1 *Relatoría Especial para la Libertad de Expresión*

Die Sonderdienststelle für Meinungsfreiheit der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) wurde innerhalb der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (CIDH) im Oktober 1997 ins Leben gerufen. Sie ist ein eigenständiges und unabhängiges Amt, das innerhalb des CIDH fungiert. Die Kritikpunkte der *Relatoría Especial para la Libertad de Expresión* am Mediengesetz sind folgende:

Das Gesetz ruft massive Einschränkungen hervor, die die im selben Gesetz verankerten Prinzipien wirkungslos machen. Die *Relatoría Especial para la Libertad de Expresión* beanstandet vor allem die Unterbindung des Rechts freier Meinungsäußerung, was einen einschüchternden Effekt mit sich führt und einen Widerspruch mit demokratischen Prinzipien bedeutet. Des Weiteren wird die Einführung administrativer und kontrollierender Organe durch den Staat kritisiert. Sie dienen sowohl zur Sanktionierung und Qualifizierung von Inhalten als auch zur Klassifizierung und Absetzung von Programmen (siehe Kapitel 4).

¹¹ Original: “Sanción con el delito de sabotaje a todo el que interrumpa o paralice servicios públicos.” Siehe hierzu: Salazar Marín, Daniela: La Criminalización de la Protesta como Restricción de la Libertad de Expresión en Ecuador. In: Ávila Santamaría, Ramiro (Hrsg.): Protesta Social, Libertad de Expresión y Derecho Penal. 2012, S. 74.

¹² Vgl. Ebd. S. 74-75.

5.2 Reporter ohne Grenzen

Die Menschenrechtsorganisation Reporter ohne Grenzen (RSF) macht mit gezielten Kampagnen auf Verstöße gegen die Pressefreiheit aufmerksam und leistet gleichzeitig dauerhafte Aufklärungsarbeit.

Kritisch sieht RSF in Ecuador die Pflicht für TV- und Radio-Sender, sog. *cadenas*, offizielle Staatsbenachrichtigungen, anstatt ihres eigentlichen Programmes zu senden. Sie sind zwar auf fünf Minuten pro Woche für alle Staatsbeamten begrenzt, doch der *Presidente de la República* bzw. der Präsident der Nationalversammlung kann die Kanäle nutzen, wenn es ihm nötig erscheint und laut Artikel 77 des *Ley Orgánica de Comunicación* „das Recht auf Informationsfreiheit vorübergehend aufheben“.¹³ Beanstandet wird auch das *Ley de Linchamiento Mediático* (Art. 26), das es unmöglich macht, Menschen öffentlich zur Rechenschaft zu ziehen. Laut RSF hat dieses Gesetz die Destabilisierung und Diffamierung von Menschen zur Folge, die sich, meist in der Presse, gegen das Regime wenden. Reporter ohne Grenzen fordert die Erschaffung einer *Superintendencia de Comunicación*, als regulierende und nicht kontrollierende Instanz.¹⁴

5.3 Fundamedios

Die Nichtregierungsorganisation *Fundación Andina para la Observación y Estudio de Medios* (Fundamedios) setzt sich für die demokratische Ausübung der Medienkommunikation und des Journalismus ein. Sie sieht ihre Aufgabe darin, das Recht auf freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit und den Zugang zu Information zu fördern und zu sichern. Außerdem liegt ihr ein unabhängiger und qualitativ hochwertiger Journalismus am Herzen.

Auch Fundamedios kritisiert die durch das neue Mediengesetz verankerte Kontrolle und Einschränkung journalistischen Arbeitens. Die Organisation sieht die Verabschiedung des Gesetzes als Verletzung der Verfassung und verschiedener internationaler Abkommen bezüglich Menschenrechte. Durch sehr vage und unpräzise Sanktionen können laut Fundamedios die administrativen Behörden sehr beliebige Befugnisse und Einschränkungen erteilen, die jedoch nicht mit der *Convención Americana sobre Derechos Humanos* (CIDH) vereinbar sind. Kritik an Staatsbeamten sei mit Hilfe des neuen *Ley Orgánica de Comunicación*

¹³ Offizielles Dokument *Ley Orgánica de Comunicación*. URL: <http://www.asambleanacional.gov.ec/>.

¹⁴ Vgl. Reporter ohne Grenzen. URL: <http://www.fundamedios.org/autorregulacion-internacionales/articulos/rsf-evalua-ley-de-comunicacion> (Stand: 10.01.14, 14:52).

nicht mehr möglich. Das Gesetz setzt voraus, dass Medien nur überprüfte und wahrheitsgemäße Informationen veröffentlichen. Fundamedios weist jedoch darauf hin, dass die *Declaración de Principios sobre Libertad de Expresión der Comisión Interamericana de Derechos Humanos* besagt, dass

“Condicionamientos previos, tales como veracidad, oportunidad o imparcialidad por parte de los Estados son incompatibles con el derecho a la libertad de expresión reconocido en los instrumentos internacionales.”¹⁵

Es sei also nicht Aufgabe des Staates, zu entscheiden, welche Informationen als wahrheitsgemäß gelten und welche nicht. Fundamedios bekräftigt, dass Meinungsfreiheit tatsächlich auch heißt, mit Veröffentlichungen provozieren und herausfordern zu können. Ein weiterer Kritikpunkt der Nichtregierungsorganisation sind die Ethikaufgaben von Seiten des Staates. Gemäß des neuen Mediengesetzes entscheidet die Regierung, was ethisch vertretbar ist und was veröffentlicht werden darf. Doch auch hier verweist Fundamedios auf die CIDH, die folgendes besagt: “La actividad periodística debe regirse por conductas éticas, las cuales en ningún caso pueden ser impuestas por los Estados.”¹⁶ Des Weiteren empfindet Fundamedios es als gravierende Einschränkung der Bürgerrechte, keine relevanten Informationen über Staatsbeamte und Behörden zu erhalten.

6 Bericht Fundamedios *El silencio asfixiante. La libertad de expresión en el Ecuador 2013*¹⁷

Entsprechend des Berichts *El silencio asfixiante. La libertad de expresión en el Ecuador 2013* von Fundamedios ist 2013 mit 172 dokumentierten Fällen von Angriffen auf Meinungsfreiheit das Jahr mit den meisten und gewalttätigsten Vorfällen seit sechs Jahren in Ecuador. Disqualifizierende öffentliche Äußerungen von Seiten der Regierung bzw. des Präsidenten zählen mit 16 % zu den häufigsten Fällen von öffentlichem Angriff auf Medien bzw. Journalisten. Nur knapp dahinter, mit 15 %, folgen Äußerungen in staatlichen TV-Kanälen, den sog. *cadena*s. Zensur ist ein weiterer aufgekommener Angriff auf Medien und stieg im Vergleich zu Vorjahren auf das Doppelte an. Zu den meisten Opfern von verbalen Angriffen (64 Fälle, 37 % aller Angriffe 2013) zählen öffentliche und private Kommunikationsmedien,

¹⁵ Siehe hierzu: Comisión Interamericana de Derechos Humanos, Principio 7. URL: <http://www.cidh.oas.org/basicos/declaracion.htm> (Stand: 13.04.14, 12:15).

¹⁶ Ebd., Principio 6 (Stand: 13.04.14, 12:17).

¹⁷ Siehe hierzu: Fundamedios, Informe *El silencio asfixiante. La libertad de expresión en el Ecuador 2013*. URL: <http://www.fundamedios.org.ec/articulos/el-silencio-asfixiante-la-libertad-de-expresion-en-el-ecuador-durante-el-2013> (Stand: 13.04.14, 12:27).

wobei 63 der Fälle gegen private und nur ein Fall gegen ein öffentlich-rechtliches Medium dokumentiert sind. Fundamedios betont, dass die Angriffe vermehrt gegen Regime-Gegner gerichtet sind.

Auf dem zweiten Platz der am häufigsten Attackierten stehen Journalisten allgemein, mit 51 dokumentierten Fällen bzw. 29 % aller Fälle. Innerhalb dieser Gruppe wurden Printjournalisten am meisten angegriffen (20 Fälle), gefolgt von TV-Journalisten (16 Fälle), allgemeinen Journalisten (acht Fälle), Radiojournalisten (fünf Fälle) und Freelance-Journalisten (zwei Fälle). Eine dritte Sparte von Fällen von Aggressionen und Angriffen ist diejenige gegen öffentliche Persönlichkeiten und Bürger (16 % aller Angriffe). Die Zahl der Fälle (29 Fälle) stieg im Vergleich zu Vorjahren rasant an (2012: sechs Opfer) und macht, so Fundamedios, die Intoleranz gegen Staatsbürger, die ihre Meinung in sozialen Netzwerken oder auf Demonstrationen kundtun, deutlich. Mit 7 % aller Angriffsfälle des letzten Jahres, insgesamt 13 Fälle, steht die Gruppe der Nichtregierungsorganisationen an vierter Stelle. Vier weitere Fälle gegen Homepages und online Nachrichtenportale, drei gegen Buchautoren und fünf gegen andere sind ebenso in der Broschüre verzeichnet. Solche „Angriffe“ waren 2013 in 50 Fällen willkürliche gerichtliche Entscheidungen, in 44 Fällen verbale Angriffe, in 38 Fällen Missbrauch von Staatsgewalt und in 24 Fällen physische Belästigungen, wie Einschüchterung und Verfolgung. In 82 Fällen, 42 % aller Fälle, gehen solche Aggressionen gegen Medien und Journalisten von Staatsbeamten aus. In 53 Fällen, 32 % aller Fälle, ist der Staat, durch seine administrativen, judikativen und legislativen Apparate Urheber von Angriffen. Die Angriffe der Staatsbeamten aufgeschlüsselt ergeben, dass der Staatspräsident in 14 % aller Fälle Initiator solcher Angriffe ist.

Des Weiteren kam es 2013 zu 13 Fällen von Vorzensuren (2012: sieben Fälle) bzw. Auto-Zensuren, erzwungenen Käufen bestimmter Printmedien, Zensuren von Büchern wegen Beleidigungsvermutung und Internetzensuren durch Unternehmen, die augenscheinlich vom Staat engagiert wurden.

7 Fazit

In Ecuador sind sich Regierung und Medien nicht besonders wohlgesonnen. Auf der einen Seite wird eine oligarchisch geprägte private Medienmacht beklagt, die sich auf einige wenige Unternehmerfamilien beschränkt und als eigentliche oppositionelle Kraft gegen den aktuellen Präsidenten Rafael Correa und seine Regierung wetttert. Auf der anderen Seite stehen Correas

Schritte zur Eindämmung deren Macht als Beschneidung der Presse- und Meinungsfreiheit und somit auch der Menschenrechte in der Kritik. Als Mitte 2013 das neue Mediengesetz *Ley Orgánica de Comunicación* von der ecuadorianischen Nationalversammlung verabschiedet wurde, waren Empörungen auf internationaler und nationaler Bühne zu erwarten.

Regulierungen und Sanktionen machen es den Medien schwer, Zensuren oder Absetzungen von Programmen zu umgehen. Die mit dem Mediengesetz neu entstandenen Kontrollorgane *Superintendencia de Comunicación* und *Consejo de Regulación y Desarrollo de la Información y Comunicación* überwachen die Medien und können bei eventuellen Verstößen Strafen oder Sendesperren verhängen. Ebenso ist es auf Grund des neuen Gesetzes unmöglich, Staatsbeamte zur Rechenschaft zu ziehen. Soziale Aktivist_innen hingegen können wegen „Terrorismus und Sabotage“ belangt werden, wenn sie durch Protestaktionen öffentliche Arbeiten behindern oder unterbrechen. Dank des Mediengesetzes wurden aber auch die Radiofrequenzen gleichberechtigt verteilt, sodass fortan private, staatliche und *kommunitäre* Sender zu gleichen Anteilen ausstrahlen können. Ecuador befindet sich also aktuell in einem sehr zweigespaltenen Verhältnis bezüglich freier Meinungsäußerung und Recht auf Pressefreiheit. Zum einen möchte die Regierung die ungleiche Verteilung einiger weniger Medienkolosse aufbrechen, zum anderen untergräbt Rafael Correa mit seinen Vorkehrungen wichtige in den Menschenrechten verankerte Grundrechte, was auf nationaler und internationaler Ebene Verärgerung verlauten lässt.

Eine Schlichtung des Konflikts kann deshalb in naher Zukunft wohl kaum in Betracht gezogen werden. Es bleibt abzuwarten, wie sehr sich der internationale Druck auf die ecuadorianische Regierung intensiviert. Auch bleibt die Frage der *kommunitären* Medien, die besonders für die nicht-spanisch sprechende Bevölkerung ein wichtiges Kommunikationsmittel darstellen, spannend. Wird sich das Radiofrequenzen-Netz tatsächlich stetig ausbauen und wird der Internetzugang in entlegenen ruralen Gebieten ausgeweitet, sodass auch indigene Gruppierungen ihre Interessen artikulieren können?

Solange die Regierung und die privaten Medien sich als politische Gegner verbal bekämpfen, wird die angespannte Medienlage in Ecuador und die Diskussion um das neue Gesetz als Knebelgesetz, *Ley Mordaza*, wohl fortbestehen.

8 Bibliographie

Primärliteratur

Bruchmann, Hanno: *Medienpolitik in Ecuadors "Revolución Ciudadana"*. In: Bruchmann, Hanno et al. (Hrsg.): *Medien und Demokratie in Lateinamerika*. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin, 2012.

Kitzberger, Philip: *The Media of Latin America's Leftist Governments*. In: *Journal of Politics in Latin America*. 3/2012, S. 123-139.

Salazar Marín, Daniela: *La Criminalización de la Protesta como Restricción de la Libertad de Expresión en Ecuador*. In: Ávila Santamaría, Ramiro (Hrsg.): *Protesta Social, Libertad de Expresión y Derecho Penal*. Quito, 2012.

Internetquellen

Agencia Vertice, *Estadísticas INEC Dic. 2012* (03.10.13). URL: <http://de.slideshare.net/agenciavertice/analisis-de-estadsticas-de-ecuador-por-elerick> (Stand: 13.04.14, 10:50).

Comisión Interamericana de Derechos Humanos. URL: <http://www.cidh.oas.org/basicos/declaracion.htm> (Stand: 13.04.14, 12:15).

Committee to Protect Journalists. URL: <http://cpj.org/2013/02/attacks-on-the-press-in-2012-ecuador.php> (Stand: 11.04.14, 11:20).

Diario Digital Centro (13.04.14). URL: <http://diariodigitalcentro.com/index.php/3027-55-millones-de-personas-tienen-acceso-a-internet-en-ecuador> (Stand: 31.03.13, 22:27).

El Comercio (21.05.12). URL: http://www.elcomercio.com/politica/Patino-desconocimiento-Ecuador-libertad-expresion_0_704329703.html (Stand: 12.04.14, 09:28).

El País, Internacional (18.01.14). URL: http://internacional.elpais.com/internacional/2014/01/18/videos/1390068417_000006.html (Stand: 21.01.14, 13:29).

El País, Internacional (20.01.14). URL: http://internacional.elpais.com/internacional/2014/01/20/actualidad/1390245599_944936.html (Stand: 21.01.14, 23:20).

El Telegrafo (14.06.13). URL: <http://www.telegrafo.com.ec/noticias/informacion-general/item/ecuador-tendra-ley-de-comunicacion-luego-de-1-302-dias-del-mandato-constitucional.html> (Stand: 15.01.14, 17:33).

El Universo (13.02.11). URL: <http://www.eluniverso.com/2011/02/13/1/1355/protesta-social-ve-cercada-acusaciones-sabotaje-terrorismo.html> (Stand: 10.01.14, 14:07).

Fundamedios, Informe *El silencio asfixiante. La libertad de expresión en el Ecuador 2013*. URL: <http://www.fundamedios.org.ec/articulos/el-silencio-asfixiante-la-libertad-de-expresion-en-el-ecuador-durante-el-2013> (Stand: 13.04.14, 12:27).

Fundamedios (11.04.12). URL: <http://www.fundamedios.org/monitoreo-de-libertades/articulos/10-razones-por-las-que-el-proyecto-de-ley-de-comunicacion-debe-ser> (Stand: 10.01.14, 14:52).

Fundamedios (20.01.14). <http://myemail.constantcontact.com/Alerta-urgente--Medios-digitales-ser-n-regulados-por-la-ley-de-comunicacion-de-acuerdo-a-su-reglamento.html?soid=1107361599700&aid=Bhs0xlrTvyU> (Stand: 23.01.14, 09:38).

Human Rights Watch. URL: <http://www.hrw.org/es/world-report/2014/country-chapters/122004> (Stand: 21.01.14, 22:06).

Infolatam (29.05.12). URL: <http://www.infolatam.com/2012/05/30/ecuador-presidente-correa-alienta-su-guerra-contra-los-medios-de-comunicacion/> (Stand: 21.01.14, 23:50).

Infolatam (24.06.13). URL: <http://www.infolatam.com/2013/06/24/rafael-correa-%C2%BFadali-o-enemigo-de-la-libertad-de-expresion/> (Stand: 21.01.14, 23:47).

Libremercado (21.06.13). URL: <http://www.libremercado.com/2013-06-21/rafael-correa-aprueba-su-ley-mordaza-para-acallar-a-la-prensa-1276493393/> (Stand: 13.04.14, 11:42).

Relatoría Especial para la Libertad de Expresión. URL: <http://www.oas.org/es/cidh/expresion/index.asp> (Stand: 10.01.14, 14:05).

Relatoría Especial para la Libertad de Expresión (28.06.13). URL: <http://www.fundamedios.org/defensa-y-promocion-documentos-base-internacionales/articulos/cidh-manifiesta-preocupacion-por-ley> (Stand: 10.01.14, 14:52).

Reporter ohne Grenzen (14.06.13). URL: <http://www.fundamedios.org/autorregulacion-internacionales/articulos/rsf-evalua-ley-de-comunicacion> (Stand: 10.01.14, 14:52).

Univisión Noticias (05.09.13). URL: <http://noticias.univision.com/article/1661988/2013-09-05/america-latina/ecuador/rafael-correa-va-ahora-contra-twitter-y-facebook> (21.01.14, 23:48).

Youtube, NTN.24 (22.09.13). URL: <http://www.youtube.com/watch?v=x4VQEw9udMY> (Stand: 22.01.14, 16:01).

Amtliche Dokumente (online abrufbar unter <http://www.asambleanacional.gov.ec/>)
Nationalversammlung, 21.06.2013. *Ley Orgánica de Comunicación*.